

zur irgendwie möglich ist. Die sozialdemokratische Fraktion bereitet schon einen Interpellationsantrag vor, der die Aufhebung der feudalen Vergleiche und die Sozialisierung der Bergwerke vorzieht. Andre Sozialisierungsmaßnahmen sind in intensiver Vorbereitung, aber Genossen, dieses gewaltige Gesetzgebungsstück will seine Zeit haben. Wir können nicht in die Wagen hinneigrauchen, was vier Jahrhunderte feudaler Wirtschaft und vier lange Jahre des entsetzlichen Krieges aus an Schutt und Trümmern hinterlassen haben.

Um die demokratischen und sozialistischen Ziele der deutschen Arbeiterklasse durchzuführen, braucht wirklich kein einziger Arbeiter in den Streik zu treten. Dafür blickt die Fraktion, die von den sozialdemokratischen Wählern und Wählerinnen Deutschlands in die Nationalversammlung entsandt worden ist. Sie ist fleisch vom fleisch der deutschen Arbeiter und kennt keine andre Aufgabe, als den Willen der Genossen und Genossinnen in die politische und gesetzgebende Tat umzuwandeln.

Jeder politische Klassenstreik nützt daher heute nicht mehr den deutschen Arbeitern, nein, er nützt nur den deutschen Kapitalisten. Die Unternehmer reißen sich die Hände vor Freude über jeden Streiktag, den sie nicht zu bezahlen brauchen. In dieser Zeit der Wirtschaftskrisis und des Rohstoffmangels kann ihnen nichts willkommen sein, als daß die Arbeiter geschlossen die Betriebe verlassen. Jeder Klassenstreik nährt heute die Kapitalisten und schwächt die Arbeiter.

Er stürzt außerdem die ausländischen Imperialisten und Amerikaner, die danach trachten, die deutsche Wirtschaft zu erschöpfen, die deutschen Arbeiter zur Auswanderung zu zwingen und dadurch in ihre Sklaven zu verwandeln. Jeder politische Klassenstreik verhärtet die feindliche Blockade, verstärkt unsere Hunger, vermehrt unsere Entbehrungen und schleudert

Tausende Deutscher ins Elend!

Den Städten mangelt durch die völlige Unterbrechung des Verkehrs die Milch, fehlen die Lebensmittel, fehlt die Beheizung, fehlt die Wärme, fehlt sogar das Wasser. Außer Frauen und Kindern sinken Männer und Greise kraftlos nieder. Es sind eure Männer und Greise, eure Frauen und Kinder, die auf diese Weise gemordet werden. Wollt ihr das?

Nein, und tausendmal nein! Ihr erkennt das Selbstmörderische der blutigen wilden Bewegung.

So fest euch endlich zur Wehr!

Lacht euch nicht von wenigen bewaffneten Fanatikern aus den Betrieben mit Gewalt oder durch heuchlerische Betörungen herauszureißen! Zieht ihren schändlichen Begleitern planvollen und energischen Widerstand entgegen, erwidert euch nicht zu Mitteln dieser Kontrasteure des alten Systems!

Wir haben in den Novembertagen nicht die alten Tyrannen verjagt, um uns in den Märztagen neue Tyrannen gefallen zu lassen. Gegen die Tyrannen! Hoch die Demokratie! Hoch der Sozialismus!

Weimar, den 1. März 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung.

Beginnende Entspannung.

Die Streiklage in Mitteldeutschland hat sich gebessert. Der unbedingte Fortschrittswille gegen die Regierung auf an Energie abgenommen. Mehr und mehr macht sich der Einfluß und der Widerstand der großen Masse der einseitigen Arbeiterchaft gegen den Generalstreik und gegen den von der kleinen Zahl rücksichtsloser Streikführer ausgeübten Terror geltend. Besonders aus den Metallarbeiterverbänden der großen Gewerkschaften, in erster Linie des Metallarbeiterverbandes, haben sich in den letzten Tagen die Neuerungen gebildet, die sich entschieden gegen den politischen Streik aussprechen. Bisher, so erklärten diese Arbeiter, seien in der Defensivität und auch in den Betrieben nur die Streikagitatoren zu Worte gekommen. Es werde in den Reihen der Streikgegner als ein Fehler bezeichnet, daß diese, die viel zahlreicher seien als die Anhänger des Generalstreiks, den Streikhebern nicht entschieden genug entgegengetreten. Nur durch die Zurückhaltung der Gegner des Streiks sei der Aufbruch erwidert worden, daß die Anhänger der politischen Streiks die Gesamtheit der Arbeiterchaft hinter sich hätten. Auch unter den Arbeitern des Transportgewerbes haben sich die Stimmen gegen den politischen Streik gemehrt. Es hat unter den Arbeitern dieses Gewerbes, daß sich unter den Streikpropagandisten vielfach Reue befinden, die bei früheren Lohnstreiks abwärts gefunden haben und die zum Teil auch heute noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Die Arbeiter, die sich gegen den Terror dieser Elemente wenden, werden immer zahlreicher. — Es wurde festgestellt, daß auch bei der gegenwärtigen Streikbewegung wiederum russisches Geld eine Rolle spielt, wenngleich natürlich eine mit derartig elementarer Kraft ausbreitende Bewegung nicht nur auf das Geld der russischen Sowjetregierung und ihren Verbündeten, zurückzuführen ist.

Nach Meinungen aus Weimar sind am Sonnabend Regierungstruppen in Halle eingedrückt. Der Einmarsch vollzog sich ohne Widerstand. Alle wichtigen Gebäude sind besetzt. Vertreter der Streikenden aus Halle sind in Weimar zu Verhandlungen mit den Regierungsoberleitern über die Beilegung des Streiks eingetroffen. In Halle herrscht Ruhe.

In Leipzig ging es am Sonnabend sehr lebhaft zu, besonders weil die Arbeiterlosen wegen des Gegenstreiks, an dem auch die Staatsbeamten und die Posten beteiligt sind, keine Arbeitslosenunterstützung erhielten. Es ist bezeichnend, daß die Veranstalter des Leipziger Generalstreiks nur ihr eigenes Streikrecht anerkannt wissen wollen, jenen aber, die anderer Meinung sind, das Streikrecht brutal verweigern und gegen sie die schlimmsten Unterdrückungsmaßnahmen anwenden. Der A- und S-Rat wendet sich in Klafalen gegen die Kerze und besonders gegen das Krankenhaus St. Jakob. Er ist empört, daß die Kerze sich dem Bürgerstreik angeschlossen haben. Auch hier zeigt sich die grenzenlos einseitige geistige Orientierung des A- und S-Rates. Er bedenkt nicht, daß er gerade durch den Generalstreik Lebensgefahr für alle Kranken dadurch heraufbeschworen hat, daß der Verkehr lahmgelegt wurde, daß die Elektrizitätsversorgung und die Lebensmittelzufuhr verlagert. — Ein Trupp von Lemnstranten hat das Krankenhaus als mißliebige Personen aus den Wohnungen, anschließend als Geiseln. Am Sonntag mittag gab der A- und S-Rat bekannt, daß von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh kein

Bewohner sich außerhalb seiner Wohnung aufhalten darf. Alle öffentlichen Lokale sind um 9 Uhr abends zu schließen.

In Weimar ist alles ruhig. Der geplante Streik ist gescheitert, nachdem die Weimarer Sozialisten sich gegen ihn erklärt haben. Die Gewerkschaften in Weimar haben sich nun ebenso wie in Jena gegen jeden Streik erklärt.

Dagegen wurde in Eisenach für heute früh der Generalstreik beschlossen. Am Sonnabend früh 2 Uhr unternahmen etwa 70 Zivilisten und Soldaten einen Überfall auf die Kaserne, um den schlafenden Truppen die Gewehre wegzunehmen. Die Angreifer konnten jedoch durch die anwesenden Soldaten wieder entwischt werden. Drei Aufständische wurden festgenommen. Eine Stunde später unternahm bewaffnete Zivilisten unter Führung eines Postfachleiters einen Überfall auf das Postgebäude, wo mit Rücksicht auf den Monatsbesuch große Geldsummen verwahrt wurden. Die anwesenden Postbeamten wurden in ein Zimmer gedrängt und mit Gewehren bedroht, falls sie es verließen. Ein Bataillon der 14er veranlaßte die Wehrer jedoch zu schnellerer Flucht. Das Schloßgebäude, in dem der hiesige Arbeiterrat tagt, ist von Mannschaften der hiesigen Regierungstruppen unter Verwahrung genommen worden.

Die Vergleiche im Braunlobenbergwert des Altenburger und Weimarer Gebietes beschlossen gestern mit abweichender Mehrheit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der angeführte Streik in Euhl, Greiz und Gera ist in seinen Anfängen festgeblieben. Die Parlamentarische Berlin-Weimar fahren seit gestern wieder regelmäßig von Berlin ab, sie werden aber unterwegs weiterhin ungestört. Man rechnet in Weimar damit, daß die Thüringische Streikbewegung in ihrem ganzen Umfang im Laufe der Woche zusammenbrechen wird.

Zeitungsstreik in Berlin.

Bei den Verlagshäusern Moske, Willein und Eberl ist ein Ausstand ausgebrochen. Die Abendblätter der Volkszeitung, des Berliner Tageblatts und des Berliner Volksboten sind nicht erschienen, ebenso die Deutsche Zeitung, die Berliner Neuesten Nachrichten, der Deutsche Kurier und die Kreuzzeitung.

Der Kommandant von Berlin und der Kommandanturteil lassen einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung, der Aufforderung von unparteilicher Seite, in Reihen auf die Straßen zu gehen, nicht nachzukommen.

In einem Aufruf des Bürgerrats von Groß-Berlin werden die Bürger und Bürgerinnen aufgefordert, den von den Sozialisten und Kommunisten propagierten Generalstreik, sobald er ausbrechen sollte, mit dem Gegenstreik zu beantworten.

Pländerungen in der Provinz Hannover.

Hannover, 3. März. In der Provinz Hannover sind in einer Nacht in hiesigen Orten von bewaffneten Räuberbanden fünf Personen getötet worden. Verschiedene Landwirte beginnen jetzt zum Schutze ihres Eigentums ihre Stallungen mit Stacheldraht zu umgeben, der mit elektrischer Hochspannung geladen ist.

Sparrateneinbehalte in Oberschlesien. Auf der Friedensgrube in Friedenshütte (Oberschlesien) revoltierten die Arbeiter gegen die Beamten und misshandelten den Bergmeister Schick schwer. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die Kommunisten verführten das Grubengebäude und Maschinen. Heute ist die gesamte Belegschaft ausständig. Die Sparratisten haben die Oberhand.

Aufhebung der ober-schlesischen Soldatenräte. Oppeln, 5. März. Das Generalkommando hat im Einvernehmen mit dem Zentralrat und dem Zentralratsrat der Provinz sämtliche ober-schlesischen Soldatenräte aufgelöst. Im Anschluß hieran wurde auch der Zentralratsrat aufgelöst. Reumutigen werden nur in einigen Orten des Industriebezirks vorgenommen werden. Der Streik bei den ober-schlesischen Elektrizitätswerken ist beilegt, da eine Einigung zwischen den Arbeitern und der Leitung betreffs der Lohnfragen erzielt wurde.

Ein arbeitsreicher Sitzungstag.

Aus Weimar wird und geschrieben: In Speichertagern ließ man und in Speichertagen sagt man, die Nationalversammlung schwäche, anstatt zu arbeiten. Das

Der Frauenantrag gegen die Hungerblockade.

18. Sitzung: Sonnabend, 1. März 1919, früh 10 Uhr. Am Regier. ngstisch: Landsberg, Wiffel, Erberger, Dr. Freuh, Dr. Sell u. a.

Präsident Heubach eröffnet die Sitzung nach 10¹⁴ Uhr. Es folgt die

Beratung des von sämtlichen 37 weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung am 13. Febr. eingebrachten Antrags Frau Käfer u. Gen.: „Die Nationalversammlung nimmt folgender Erklärung der weiblichen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen zu:

1. Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völlige wirtschaftliche Abwesenheit Deutschlands während des Krieges unvorstellbar gelitten. Sie alle erhoffen, daß mit der Einstellung des Blutvergießens auch dieses furchtbare Schicksal nicht weiter zur Anwendung kommen würde. Die Hungerblockade ist jedoch nicht aufgehoben, sie ist verhärtet worden. Kranke, Greise und Weibchen fallen ihr in wachsendem Maße zum Opfer, und durch

das große Sterben der Kinder und der werdenden Mütter wird dem deutschen Volk und damit der ganzen Menschheit ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt. Wir fordern deshalb unbedingte Aufhebung der Hungerblockade.

2. Wir fordern ferner sofortige Durchführung der deutschen Kriegesgefangenen, die, wie die Gefangenen aller Völker, nur ihre Soldatenpflicht erfüllt haben. Sie selbst haben Schweres erlitten, und ihre Eltern, Frauen und Kinder sind von schmerzlicher Sehnsucht erfüllt. Wir sind der tiefen Überzeugung, daß Frauen und Mütter der ganzen Welt empfinden mit uns, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit die Erfüllung dieser Forderungen verlangen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Präsident Heubach: Im Namen unserer Kranken, unserer Gefangenen, im Namen des ganzen deutschen Volkes spreche ich den Frauen, die aus allen Parteien gemeinsam diesen Antrag der Nationalversammlung unterbreitet haben, für diese edle Tat den Dank aus. (Beifall.)

Zur Verhandlung gelangt hierauf die folgende, von sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der U. Soz., eingebrachte Entschliebung: „Die in Artikel 19 des Völkerbundesvertrag über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilson-Programms aufgestellten kolonialen Friedensbedingungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Änderung dieser Bedingungen, die von Deutschland und den Völkern als gemeinsame Grundlage für den Frieden angenommen sind, feierlich Verwahrung ein und fordert die Wiederherstellung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.“

Kolonialminister Dr. Sell: Die heutige Behandlung der für Deutschlands Zukunft wichtigen bedeutungsvollen kolonialen Fragen bildet in ihrem zeitlichen Zusammenhang eine Vollversammlung der Weimarer Nationalversammlung. Dieser als Vorkurs und Vorstudium bleiben die lebende Fragen für deutsche koloniale Fähigkeiten und Bestrebungen.

Am 14. Punkte, die der Präsident Wilson in seiner

in wichtiges Wesen. Besetze lassen sich nun mal nicht machen, wenn das dabei geredet wird. Und übrigens hat das Parlament in dem 20 Arbeitstagen zwischen dem 8. Februar und dem 1. März noch nicht auf der Wahrung geblieben. Letzten Sonnabend waren sind von den 11 Gegenständen der Tagesordnung nicht weniger als 10 glatt erledigt worden, darunter 6 kleine, aber wichtige Dinge, in allen drei Lesungen.

Die dritte Beratung des Nebergangsgesetzes brachte eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Erzeugern und Verbrauchern, Agrariern und Arbeitverweirern. Dr. Koefode, Vorsitzender des Bundes der Landwirte seit dessen Gründung im Jahre 1912, wies weiter gegen die Verordnung, mit deren Hilfe es möglich ist, hesswilligen oder unfähigen Gutbesitzern die freie Verfügung über ihr Land auf sechs Jahre zu entziehen und im Interesse des Volkes der nächsten Kommunalverwaltung zur Verfügung zu übergeben. Koefode sagte darüber, daß zwar nur gegen den Grundbesitz gekämpft werde, und er wolle sich auf das die Arbeiterchaft schwartreffende Pflanz-, dienstgesetz wie auf die gegen Verkehr und Verkehr, Handel und Gewerbe gerichteten Maßnahmen verweisen lassen. Er habe noch Koalitionsfreiheit für die Agrarier und möchte den besten Weg auf einreden, er meine damit wohl die Zuckerfreiheit.

Unter denen, die dem Bundespräsidenten beistimmten, befand sich auch Genosse Braun, Düsseldorf, der preussische Landwirtschaftsminister. Braun verfuhr nach Recht und Billigkeit, denn nicht allein die Grundbesitzer tabelle er, soweit die Zobel verdient haben, auch das Verhalten jener Arbeiter, die durch den freudlichen Streik in der Stickstoff-Industrie unter Ernährungen litten, wurde sehr, weggelassen.

Eine ungewöhnlich wirkungsvolle Rede hielt Dr. Heim, der bekannte hayerische Fachmann und Bauernführer von der Christlichen Volkspartei. Es war eine Rede nach der Art jener, wie man sie in Frankreich auf Verlangen der Deputiertenkammer im ganzen Lande anzuhören pflegt. Seine Worte von der inneren Hunger-Blockade, womit er auf das gefährliche Streikspiel zielte, trafen ebenso sehr ins Schwarze wie die geistreiche Bemerkung, daß die Arbeiter, wenn sie so fortfahren, nicht die Kolonialpolitik sozialisieren werden, sondern den Hunger! Mit der Annahme des Nebergangsgesetzes endete diese arbeitsreiche Sitzung.

Deutsches Reich.

Sozialisierung des Bergbaues.

In der Nationalversammlung in Weimar ist am Sonnabend folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verlesung gelangt:

1. Das Eigentum an den zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Substanzen steht allein der Nation zu. 2. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Überführung der Bergwerke und Erzeugung der Energie in öffentliche Betriebe (Sozialismus) mit möglichster Beschleunigung zu betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen.

Die Begründung des Antrags wurde dem Abg. Gue übertragen. Die Regierung in der Nationalversammlung hat mitteilen lassen, daß ein solcher Wunsch entsprechender Gesetzesentwurf bereits seit Wochen vom Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet und wird in nächster Zeit der Nationalversammlung vorgelegt.

Seit geraumer Zeit arbeitet das Reichswirtschaftsamt, wie der Wortführer meldet, an einer Vorlage zur Sozialisierung der Bergwerke. Die Vorlage wegen Übernahme des Nationalität auf das Reich ist soweit fertiggestellt, daß sie der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugeht. An einem neuen Arbeitsgesetz wird seit Wochen mit fleißigstem Eifer gearbeitet. Auf allen diesen Gebieten ist die Regierung mit überhol hinausgegangen, was die unabhängigen Volksbeauftragten sehr schlagend gemagt haben.

Wirtschaft vom 8. Januar 1918 aufgestellt hat, beschäftigt sich der fünfte Punkt mit den kolonialen Problemen in folgender Fassung: „Eine freie, weitestgehende und unbedingt unparteiliche Zulassung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundgesetzes beruht, ist die Voraussetzung für die Erreichung der Interessen der betroffenen Völker. Die kolonialen Interessen der Völker müssen wie die kolonialen Interessen der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, voll berücksichtigt werden.“

Nur die Beurteilung der kolonialen Friedensprobleme ist es der Volkswirtschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar anstehen folgender Sachverhalt:

„Wir wünschen dem (Deutschland) einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt.“

Weiter enthält die Volkswirtschaft des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918 folgenden Satz: „Was ich meine, ist lediglich, daß die Völker (d. h. die 14 Punkte) jedoch für sich und unabhängig der ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstbestimmt und unbeeinträchtigt geübt werden im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und vollständiger Gerechtigkeit, auf die Sicherheit und den geistigen Frieden der Welt, kein dauernder Friede erreicht werden kann.“

Die nämliche Volkswirtschaft den Landwirten und der Bedeutung ausschließlichen Satz: „Es soll weder Nationen noch Völkern schädlichen oder irrationellen Schaden zugefügt werden.“

Eine formale Heiligung und weitere Entschärfung der dem deutschen Volk im Hinblick auf diese früheren Handlungen des Präsidenten Wilson der Artikel 19 des Völkerbundesvertrag, der über die deutschen Kolonien Bestimmungen trifft, die unter dem Zeichen des Völkerbundes verabschiedet wurden.

Diese Bestimmungen des Artikels 19 stehen den durch die getroffenen Vereinbarungen zum unabhängigen Bestand des Völkerbundes und Friedensvertrages gemachten früheren Aussagen des Präsidenten Wilson über die kolonialen Probleme unverändert gegenüber.

Insbesondere ist unverändert die deutsche Forderung nach Wiederherstellung seines kolonialen Reiches. Frei von Erwerbungsrecht und annexionsähnlichen Imperialismus übernehmbar für ein 70-Millionen-Volk betrachten, an der Verbreitung von Kultur und Gerechtigkeit mitarbeiten.

Abg. Sell (U. Soz.): Ein Recht auf Kolonisierung erkennen wir keinem Staat zu, weder dem deutschen noch einem anderen. Wir lehnen deshalb die vom Reichskolonialminister Sell entworfene Entschliebung ab.

Die Entschliebung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen angenommen. (Beifall.)

Die Abg. Koefode (Soz.), Gröber (Zit.) und Dr. Falter (Zit.) beantragen einen Geiselnarr, der die Heiligung des Völkerbundes während der Tagung der Nationalversammlung durchzuführen soll.

Wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit geistlicher Zustimmung anzuordnen, welche nur im Einklang mit dem Grundgesetz der Deutschen Reiches betriebl. Maßnahmen als notwendig erachtet werden. Die Nationalversammlung wird zur Kenntnis zu bringen und auf ihre Verlangen aufzugeben. Das Gesetz soll mit dem

